

E-AG

Sitz in Mals, Bahnhofstr. 37/B

Gesellschaftskapital Euro 432.000,00 zur Gänze eingezahlt.

Steuer- und Eintragsnummer Handelsregister Bozen: 02541180218,

unterliegt der Leitung und Koordinierung der Gemeinde Mals

An die

Aktionärsversammlung der

E-AG

## **EINHEITLICHER BERICHT DES ÜBERWACHUNGSRATES AN DIE GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG**

### **Vorbemerkung**

Der Verwaltungsrat unterbreitet Ihnen heute die Bilanz der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 bestehend aus Vermögenssituation, Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanzanhang in verkürzter Form im Sinne des Art. 2435-bis Z.G.B. zur Überprüfung und Genehmigung. Die Bilanzposten werden i.S. einer größeren Klarheit in der normalen Form gemäß Art. 2424 und Art. 2425 ZGB dargestellt.

Das Geschäftsjahr 2018 schließt mit einem Gewinn in Höhe von Euro 274.584.

Die Bilanz muss laut Art. 2429, Abs. 1 des ZGB vom Verwaltungsrat dem Überwachungsrat wenigstens dreißig Tage vor dem Tag mitgeteilt werden, der für die Hauptversammlung, die sich damit zu befassen hat, festgesetzt worden ist. Vorausgeschickt, dass der Verwaltungsrat die Bilanz am 17.05.2019 genehmigt hat und dass die Hauptversammlung für den 27.05.2019 einberufen wird, bringt der Überwachungsrat zur Kenntnis, dass er auf die im Art. 2429 Abs. 1 des ZGB vorgesehene Frist zur Erstellung des Berichtes verzichtet hat.

Das Überwachungsorgan hat im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2018 sowohl die von Art. 2403 und folgende ZGB vorgesehenen Funktionen als auch jene im Sinne von Art. 2409-bis ZGB ausgeübt.

Der vorliegende einheitliche Bericht enthält im Abschnitt A) den "Bericht des unabhängigen Rechnungsprüfers im Sinne von Art. 14, D. Lgs. 27. Januar 2010, Nr.39" und im Abschnitt B) den "Bericht im Sinne von Art. 2429, Abs. 2, ZGB".

### **A) Bericht des unabhängigen Rechnungsprüfers im Sinne von Art. 14, D. Lgs. 27. Januar 2010, Nr.39**

#### **Bericht zur Prüfung des Jahresabschlusses**

#### **Beurteilung**

Wir haben die Prüfung des beigelegten Jahresabschlusses der Gesellschaft E-AG durchgeführt, der sich aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Kassaflussrechnung für das Geschäftsjahr 2018 und dem Anhang zusammensetzt.

Nach unserer Beurteilung vermittelt der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2018 sowie des Geschäftsergebnisses und des Cash-Flows für das Geschäftsjahr zum 31.12.2018 und entspricht den Vorschriften der italienischen Rechtsordnung, welche die Kriterien für seine Erstellung regeln.

### ***Grundlagen für die Beurteilung***

Unsere Prüfung wurde in Anlehnung an die internationalen Prüfungsstandards ISA Italia durchgeführt. Unsere Verantwortung im Sinne dieser Grundsätze ist im Abschnitt *Verantwortung des Buchprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses* des vorliegenden Berichts näher erläutert. Wir sind nach Maßgabe der Normen und Grundsätze, welche in der italienischen Rechtsordnung hinsichtlich der Ethik und Unabhängigkeit bei Abschlussprüfungen anzuwenden sind, von der Gesellschaft unabhängig.

Wir sind der Auffassung, dass die im Zuge unserer Prüfungshandlungen erlangten Belege eine hinreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

### ***Verantwortung der Verwalter und des Überwachungsrats für den Jahresabschluss***

Die Verwalter tragen die Verantwortung für die wahrheitsgetreue und korrekte Erstellung des Jahresabschlusses im Einklang mit den Vorschriften der italienischen Rechtsordnung, welche die Kriterien für seine Erstellung regeln, sowie nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften auch für jenen Teil des internen Kontrollwesens, der nach ihrem Dafürhalten erforderlich ist, um die Erstellung eines Jahresabschlusses zu gewährleisten, welcher keine signifikanten falschen Darstellungen infolge von betrügerischen Handlungen oder von nicht beabsichtigten Handlungen oder Vorkommnissen enthält.

Die Verwalter tragen die Verantwortung für die Bewertung, ob die Gesellschaft in der Lage ist, ihren Geschäftsbetrieb aufrecht zu erhalten, für die korrekte Ausweisung der Voraussetzung des Going Concern im Jahresabschluss und für eine angemessene Darstellung dieser Sachverhalte. Die Verwalter gehen in der Erstellung des Jahresabschlusses von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aus, sofern sie nicht der Auffassung sind, dass die Voraussetzungen für eine Abwicklung der Gesellschaft oder die Unterbrechung der wirtschaftlichen Tätigkeit vorliegen, oder dass keine realistischen Alternativen dazu vorliegen.

Der Überwachungsrat ist nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für die Prüfung des Verfahrens verantwortlich, mit dem der Jahresabschluss erstellt wird.

### ***Verantwortung des Rechnungsprüfers für Prüfung des Jahresabschlusses.***

Unser Ziel ist es, eine hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, dass der Jahresabschluss in seiner Gesamtheit keine signifikanten falschen Darstellungen infolge von betrügerischen Handlungen oder von nicht beabsichtigten Handlungen oder Vorkommnissen enthält, und einen Prüfungsbericht vorzulegen, welcher unser Prüfurteil enthält. Als „hinreichende Sicherheit“ ist ein hoher Grad an Gewissheit zu verstehen, der aber dennoch nicht gewährleistet, dass eine Prüfung durchgeführt wurde, eventuelle signifikante falsche Darstellungen in jedem Fall erkennen kann. Falsche Darstellungen können aus betrügerischer Absicht oder aus unbeabsichtigten Handlungen oder Vorkommnissen resultieren und sind dann als signifikant zu betrachten, wenn begründet davon ausgegangen werden kann, dass sie gesondert oder in ihrer Gesamtheit in der Lage sind, die wirtschaftlichen Entscheidungen zu beeinflussen, welche von Dritten auf der Grundlage des Jahresabschlusses getroffen werden.

Im Rahmen der Prüfung haben wir eine fachmännische Beurteilung durchgeführt und über die gesamte Dauer der Prüfung hindurch eine professionelle Skepsis beibehalten. Des Weiteren:

- haben wir die Risiken für signifikante falsche Darstellungen im Jahresabschluss infolge von betrügerischen Handlungen oder von nicht beabsichtigten Handlungen oder Vorkommnissen erkannt und bewertet; wir haben Prüfungsverfahren definiert und durchgeführt, um diesen Risiken Rechnung zu tragen; wir verfügen über hinreichende und geeignete Prüfungsnachweise als Grundlage für unsere Beurteilung. Das Risiko, eine signifikante falsche Darstellung nicht zu erkennen, welche das Ergebnis von betrügerischen Handlungen ist, liegt höher als bei signifikanten falschen Darstellungen, die auf unbeabsichtigte Handlungen oder Vorkommnisse zurückzuführen sind, nachdem betrügerische Handlungen auch mit Fälschungen, geheimem Einverständnis Dritter, vorsätzlichen Unterlassungen, irreführenden Darstellungen oder einem Missbrauch des internen Kontrollsystems einhergehen können;
- wir haben ein Verständnis des internen Kontrollsystems entwickelt, das für die Zwecke der Rechnungsprüfung relevant ist, um dadurch den betrieblichen Umständen angepasste Prüfungshandlungen festzulegen, und nicht um eine Beurteilung der Effektivität des internen Kontrollwesens der Gesellschaft abzugeben;
- wir haben eine Bewertung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungsgrundsätze sowie der von den Verwaltern durchgeführten Schätzungen einschließlich der entsprechenden Angaben vorgenommen;
- wir sind zu einer Beurteilung der Angemessenheit der Verwendung des Fortführungsprinzips durch die Verwalter gelangt; auf der Grundlage der erhobenen Prüfungsnachweise können wir auch ein Urteil darüber abgeben, ob eine signifikante Ungewissheit im Hinblick auf Ereignisse oder Umstände besteht, welche begründete Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit auslösen können. Sollte eine solche Ungewissheit vorliegen, sind wir dazu verpflichtet, in unserem

Prüfbericht auf die entsprechenden Angaben im Jahresabschluss zu verweisen, oder aber, falls die betreffende Darstellung unzureichend sein sollte, diesen Umstand im unserem Prüfungsurteil darzulegen. Unsere Beurteilung stützt sich auf die Prüfungsnachweise, die wir bis zum Datum dieses Prüfberichts erlangt haben; dennoch können spätere Ereignisse oder Umstände dazu führen, dass die Gesellschaft nicht mehr als Going Concern agiert;

- wir haben die Form, die Struktur und den Inhalt des Jahresabschlusses in seiner Gesamtheit einschließlich des Anhangs bewertet und geprüft, ob der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Geschäftsfälle und der zugrundeliegenden Ereignisse vermittelt;
- wir haben den Verantwortlichen für die *Governance* der Gesellschaft unter anderem auch den Umfang und den Zeitrahmen sowie die relevanten Ergebnisse unserer Prüfung mitgeteilt, einschließlich etwaiger signifikanter Mängel im internen Kontrollwesen sowie in der Verwaltung und Durchführung von Geschäftsvorfällen, sofern diese im Rahmen unserer Prüfungshandlungen zutage getreten sind.

#### **Vermerk zum Lagebericht**

Die Verwalter haben im Sinne Abs. 7 des Art. 2435-bis des Z.G.B. von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die notwendigen Informationen laut Nr. 3 und 4 des Abs. 3 des Art. 2428 Z.G.B. im Bilanzanhang darzustellen.

#### **B) Bericht zur Überwachungstätigkeit im Sinne von Art. 2429, Absatz 2 ZGB**

Unsere Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2018 wurde nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Verhaltensregeln für Überwachungsräte durchgeführt, welche vom gesamtstaatlichen Kammerrat der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater sowie der Buchführungssachverständigen veröffentlicht wurden. Die Selbstbewertung wurde gemäß diesen Bestimmungen durchgeführt und ergab für jedes Mitglied des Überwachungsrats ein positives Ergebnis.

#### **B1) Überwachungstätigkeit im Sinne von Art. 2403 und folgende ZGB**

Wir haben die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzungen und des Grundsatzes der ordnungsgemäßen Verwaltung überwacht.

Wir haben an den Aktionärsversammlungen und an den Sitzungen des Verwaltungsrates teilgenommen und in diesem Zusammenhang auf der Grundlage der verfügbaren Informationen weder eine Verletzung der gesetzlichen Vorschriften und/oder der Satzungen feststellen können noch offensichtlich leichtfertige oder riskante Geschäftsfälle, Interessenkonflikte oder Geschäftsfälle, durch welche das Vermögen der Gesellschaft in seiner Substanz beeinträchtigt werden könnte.

Wir haben vom gesetzlichen Vertreter und vom Verwaltungsmitarbeiter im Rahmen unserer Sitzungen Angaben über den allgemeinen Geschäftsverlauf und seine voraussichtliche Entwicklung erhalten, ebenso über die im Hinblick auf ihre Merkmale und ihren Umfang relevantesten Geschäftsfälle der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaft Puni Energie Konsortial GmbH; auf der Grundlage der gewonnenen Informationen sind keine besonderen Bemerkungen erforderlich.

Wir sind mit dem Überwachungsrat der Tochtergesellschaft „Puni Energie Konsortial GmbH“ zusammengetroffen; dabei sind keine relevanten Daten und Informationen zutage getreten, welche in diesem Bericht hervorgehoben werden müssten.

Die Gesellschaft hat kein Aufsichtsorgan gemäß D.Lgs. 231/2001 bestellt. Das Überwachungsorgan hat auf die korrekte Umsetzung des Organisationsmodells hingewiesen; ebenso auf die Umsetzung der Antikorruptions- und Transparenzbestimmungen; die Beauftragung zur Ausarbeitung wurde vom Verwaltungsrat während des Geschäftsjahres beschlossen.

Aufgrund der von uns vorgenommenen Überprüfung betreffend die Feststellung der ordnungsgemäßen Darstellung des Jahresabschlusses 2018 hat der Überwachungsrat folgende zusätzlichen Bemerkungen oder Hinweise zur Kenntnis zu bringen: die effektive Umsetzung des Dienstleistungsvertrages mit der Gemeinde Mals zur Führung der Holzvergasungsanlage muss erfolgen.

Im Rahmen unserer Zuständigkeit haben wir über die Angemessenheit und die Funktionsweise der Organisationsstruktur der Gesellschaft Kenntnis erlangt und sie überwacht, wobei auch Informationen von den Verantwortlichen der Funktionsbereiche eingeholt wurden; in diesem Zusammenhang sind keine besonderen Bemerkungen erforderlich.

Es sind keine Beschwerden von Gesellschaftern im Sinne von Art. 2408 ZGB eingegangen.

Im Laufe des Geschäftsjahres hat der Überwachungsrat keine von den gesetzlichen Vorschriften vorgesehenen Stellungnahmen abgegeben.

Der Überwachungsrat hat während des Geschäftsjahrs auf die Einhaltung der marktüblichen Preise und Geschäftsbedingungen mit der Körperschaft, welche die Leitung und Koordinierung ausübt, hingewiesen und eingefordert und die entsprechende Verantwortung aufgezeigt.

Im Zuge der Überwachungstätigkeit, wie sie beschrieben wurde, sind keine sonstigen relevanten Sachverhalte zutage getreten, welche im vorliegenden Bericht erwähnt werden müssten.

## **B2) Bemerkungen zum Jahresabschluss**

Nach unserem Kenntnisstand sind die Verwalter in der Erstellung des Jahresabschlusses nicht im Sinne von Art. 2423, Absatz 4, ZGB von den gesetzlichen Vorschriften abgewichen.

Im Sinne des Art. 2426, Nr. 5 bzw. Nr. 6 des Z.G.B. erteilt das Überwachungsorgan hiermit seine ausdrückliche Zustimmung zu den erfolgten Abschreibungen der zustimmungspflichtigen immateriellen Anlagewerte.

Die Ergebnisse unserer gesetzlichen Rechnungsprüfung sind im Abschnitt A) des vorliegenden Berichts wiedergegeben.

### **B3) Bemerkungen und Vorschläge zur Genehmigung des Jahresabschlusses**

Auf der Grundlage unserer Prüfungshandlungen und vorbehaltlich der erfolgten Feststellungen empfiehlt der Überwachungsausschuss der Aktionärsversammlung, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 zu genehmigen, wie er von den Verwaltern erstellt wurde.

Der Überwachungsrat stimmt dem Vorschlag der Verwalter im Anhang zum Jahresabschluss für die Zuweisung des Bilanzergebnisses zu.

Mals, 20. Mai 2019

Der Überwachungsrat

gez. Dr. Lothar Agethle

gez. Dr. Carmen Sylvia Zwick

gez. Dr. Siegfried Wegmann